

Offene Antwort an Rezo

Wie wir die Sache sehen

Offene Antwort an Rezo: Wie wir die Sache sehen

Viele Menschen haben in den vergangenen Tagen über Dein Youtube-Video gesprochen. Es spitzt Kritikpunkte zu und verkürzt um zu provozieren. Das ist nichts Neues in der politischen Auseinandersetzung – zumal im Wahlkampf.

In unserem freien Land darf jeder seine Meinung äußern, Gott sei Dank. Und was dort geäußert wird, war und ist Gegenstand politischer Diskussionen, das ist das Herzstück unserer Demokratie. Wir - das sind Hunderttausende Mitglieder, Unterstützer und Millionen von Wählerinnen und Wählern der CDU - nehmen Kritik sehr ernst, tagtäglich in persönlichen Gesprächen, Veranstaltungen on- und offline. Und wir alle, die allermeisten ehrenamtlich, arbeiten jeden Tag daran, es besser zu machen.

Wir als CDU sind stolz darauf, was wir, die Partei von Adenauer, Kohl und Merkel und die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahrzehnten für unser Land und die Menschen in Deutschland erreicht haben.

Wir haben in der CDU gemeinsam überlegt, wie wir mit Deiner Kritik und der Form, in die Du sie packst, umgehen. Brauchen wir eine schnelle Reaktion? Müssen wir dem medialen Druck nachgeben? Folgen wir den vielen Hinweisen, die uns gegeben werden? Sehr hohes Tempo und extreme Zuspitzungen bestimmen fast alle Debatten dieser Tage. Wir hatten uns für eine Antwort auf derselben Ebene entschieden – für ein Video. Wir haben ein klasse Produkt erarbeitet, in dem das steckt, was die Mitarbeiter der CDU wie die Wahlkämpfer im Europawahlkampf, Landtagswahlkampf in Bremen und im Kommunalwahlkampf in zehn Ländern derzeit jeden Tag geben: Herzblut, Einsatz und Kreativität.

Wir haben aber auch gleichzeitig immer wieder abgewogen, ob eine Antwort auf derselben Ebene - Video gegen Video – für uns als CDU die richtige, die angemessene Antwort ist. Ob es der notwendigen politischen Auseinandersetzung hilft oder Politik zum Spektakel macht.

Die CDU ist eine Volkspartei mit vielen Mitgliedern und auf Werten gebauten Programmen. Wir sind entstanden aus den Trümmern eines zerstörten Landes als Union, in der Platz war und ist für Miteinander und für alle, die etwas aufbauen wollen – nicht zerstören. Wir sind deshalb Volkspartei, weil uns viele Bevölkerungsschichten vertrauen, weil wir gerade nicht die schnelle, scheinbar einfache Antwort suchen.

Wir werden seit Jahren häufiger als andere Parteien gewählt, weil wir den Mut und die Verpflichtung haben, auf komplexe Fragen auch gut durchdachte und angemessene Antworten zu geben. Wir sind nicht nur einer Bevölkerungsgruppe, einer Schicht, einer Berufsgruppe oder Generation verpflichtet, sondern allen Wählerinnen und Wählern – allen Menschen, die in unserem Land leben.

Mit dieser Verantwortung, Erwartung und Verpflichtung müssen wir sorgsam umgehen. Denn gerade von der CDU wird in aufgewühlten Zeiten erwartet, dass sie überlegt, reflektiert und mit kühlem Kopf antwortet. Verkürzen, verzerren, verdrehen - das ist Populismus. Überzeichnen, übertreiben, überspitzen: wir distanzieren uns zu Recht von dieser Art, Politik zu machen.

Auf eine steile These folgt bei uns nicht die hastige Antwort, auf eine kühne Interpretation von Statistiken reagieren wir unsererseits nicht mit vereinfachenden Schlüssen. Antworten zu geben, die über den Tag hinaus tragen, das erfordert Zeit, das erfordert Maß und Mitte.

Die Währung von YouTubern sind Klickraten. Die Währung einer Volkspartei wie der CDU ist Vertrauen.

Wir bleiben uns deshalb treu und suchen die politische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Argumenten, Analysen und Schlussfolgerungen. Wir leisten uns die Freiheit, unsere Auffassungen zu vertreten, auf die Art und Weise, für die uns unsere Mitglieder, Wähler und Sympathisanten vertrauen.

Hier legen wir dar, wie wir die Dinge sehen und darüber werden wir selbstverständlich mit allen, die ihre Meinung äußern, diskutieren, einander zuhören und unsere Standpunkte austauschen – immer mit dem Ziel, Kompromisse für gangbare, akzeptable Lösungen zu finden, nicht mit dem Ziel, andere zu zerstören.

1. „Gewinner und Verlierer“

Wie die CDU die Sache sieht...

Vorne weg **eine Richtigstellung**: Die **Einkommensungleichheit**, d.h. die unterschiedliche **Verteilung der Einkommen in Deutschland**, ist zwar bis 2005 gestiegen, seitdem aber nicht mehr. Hier von einer sich immer weiter öffnenden Schere zu sprechen halten wir daher für unzulässig (<https://stats.oecd.org/>; Siehe auch BMF-Monatsbericht Mai 2019: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2019/05/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-soziale-ungleichheit.html>).

Dass die Schere in den letzten Jahren nicht weiter zusammenlief hat verschiedene Gründe. Ein wichtiger Grund, **warum Einkommensungleichheit nicht abnimmt, ist die Zuwanderung**. Zuwanderer sind häufig gering qualifiziert, was ein niedriges Einkommen zur Folge hat. Das ist eine statistische Folge der Aufnahme der Flüchtlinge in den letzten Jahren. Das darf Rezo kritisieren, die CDU steht zu dieser Entscheidung (DIW Wochenbericht 19/2019: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.620814.de/19-19-3.pdf)

Rezo definiert arm und reich entlang der Vermögensverteilung. Bei dieser Betrachtung werden **Altersvorsorgungsansprüche nicht mit einbezogen**. Bei Berücksichtigung solcher Ansprüche reduziert sich die Ungleichheit deutlich (DIW Berlin: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.538110.de/diw_sp0853.pdf; IW Köln: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/341554/Studie_Vermögensverteilung_vbw.pdf)

Außerdem halten wir es für sinnvoll, **weitere Faktoren zu betrachten, wenn man darüber urteilen will, wie sich die wirtschaftliche Lage der Menschen in Deutschland verändert hat**. Für relevant halten wir folgende Punkte:

Im Vergleich zu 2005 haben heute **5,5 Millionen mehr Menschen einen Job** (Destatis: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/inlaender-inlandskonzept.html>)

Im Vergleich zu 2005 sind heute **2,6 Millionen Menschen weniger arbeitslos** <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iii4/alo-zeitreihe-dwo/alo-zeitreihe-dwo-b-0-xlsx.xlsx> und <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201904/arbeitsmarktberichte/monatsbericht-monatsbericht-monatsbericht-d-0-201904-pdf.pdf>)

Die Jugendarbeitslosigkeit wurde seit 2005 **mehr als halbiert – von damals über 12 Prozent auf aktuell 4,7 Prozent** (<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iii4/alo-zeitreihe-dwo/alo-zeitreihe-dwo-b-0-xlsx.xlsx>).

Eine Vielzahl von **Sozialleistungen** sorgt dafür, dass vor allem Menschen mit keinem oder geringem Einkommen in Deutschland unterstützt werden. Mittlerweile gibt Deutschland jedes Jahr rund **1 Billion Euro für Sozialleistungen** aus (Sozialbudget: <https://www.deutschlandinzahlen.de/tab/deutschland/soziales/sozialbudget-sozialausgaben/sozialbudget>).

Starke Schultern tragen weitaus mehr als schwache. Die **oberen 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen zahlen rund 55 Prozent der Einkommensteuer**. Die unteren 50 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen zahlen nur 6,4 Prozent der gesamten Einkommensteuer (BMF, *Datensammlung zur Steuerpolitik 2018, Tabelle 2.2*: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2019-02-05-datensammlung-zur-steuerpolitik-2018.pdf)

Und dann noch eine grundsätzliche Bewertung der Messung von arm und reich in Deutschland:

Die oft angeführte **Armutsgefährdungsquote** (nicht Armutsquote) ist irreführend. Sie ist kein Indikator für Armut, sondern drückt nur die unterschiedliche Einkommensverteilung aus. Nach Logik dieser Quote würde die Armut nur dann verschwinden, wenn jeder nahezu das gleiche Einkommen hätte – dann befänden wir uns im Sozialismus. Und nach Logik dieser Quote gab es 1948 in Deutschland keine Armut, weil es allen gleichmäßig schlecht ging. Diese Betrachtungsweise führt auch dazu, dass es auf einen Schlag mehr Armutsgefährdete in Deutschland gäbe, wenn z.B. Jeff Bezos nach Deutschland ziehen würde. Im Vergleich zu ihm und seinem Vermögen gäbe es dann nämlich einige mehr von Armut gefährdeten Personen (<http://www.rwi-essen.de/unstatistik/40/>).

Diese Betrachtung halten wir daher für irreführend. Sinnvoller als solch statistische Betrachtungen erscheinen uns für **die Bewertung der Entwicklung unseres Landes daher andere Faktoren**. Etwa die Frage, **was man „sich leisten kann“**: 1960 musste man noch durchschnittlich 346 Stunden und 45 Minuten für einen (schwarz-weiß) TV arbeiten. 2017 musste man nur noch 24 Stunden und 17 Minuten für einen (modernen 4K) TV arbeiten. Für einen Kühlschrank musste man 1960 noch 154 Stunden und 20 Minuten arbeiten, 2017 hingegen nur noch 31 Stunden und 15 Minuten. Für ein Kleid musste man 1960 noch 26 Stunden und 6 Minuten arbeiten, 2017 nur noch 5 Stunden und 9 Minuten (*Deutschland in Zahlen 2018, Tabelle 6.7 (Kaufkraft der Lohnminute)*: https://www.deutschlandinzahlen.de/fileadmin/diz/content_data/Startseite/Printversion/DIZ2018_eBook.pdf)

Heißt also: Heute können sich also sowohl der Hartz-IV-Empfänger als auch der Facharbeiter mehr leisten.

Und eine Anmerkung zur **Zunahme von Erbschaften**:

Grund für stetig steigende Erbschaften ist, dass seit einiger Zeit die **Erblasser aus der „Wirtschaftswunder“-Generation der Nachkriegszeit** kommen. Bis in die frühen 1990er Jahre gehörten die Erblasser zu einer Generation, deren Vermögensbildung noch durch zwei Weltkriege erschwert oder zerstört worden war. Die Erbschaften waren entsprechend gering. Steigende Einkommen und der Bauboom der 1960er und 70er Jahre ermöglichten einer breiten Masse eine erhebliche Vermögensbildung (DIA: https://www.empirica-institut.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen_Referenzen/PDFs/DIA_Studie_Erben_in_Deutschland_HighRes.pdf). **Dass es heute eine starke Erbengeneration gibt, ist also auch Folge von über 70 Jahren Frieden in Deutschland und Europa.** Ein Blick auf die nackten Zahlen berücksichtigt dies nicht.

Statt „Zerstörung“ sehen wir weitere positive Entwicklungen: Steigende Lebensqualität in Deutschland

- Steigende Beschäftigungsquote bei Frauen
- Wachsendes Bruttoinlandsprodukt
- Steigende Tarif- und Bruttoverdienste
- Steigende Nettoeinkommen
- Steigende Renten

Bildungspolitik: Wie die CDU die Sache sieht...

In der Bildungspolitik steht für die CDU **Chancengerechtigkeit** im Zentrum. **Das deutsche Bildungssystem ist inzwischen sehr durchlässig:** Auf jeden Abschluss folgt ein Anschluss. Studieren ohne Abitur ist heute selbstverständlich möglich. Dies ist auch ein **Erfolg einer konsequenten Bildungspolitik der CDU in Bund und Ländern**. Zugleich setzen wir konsequent auf die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung. (<https://www.bmbf.de/de/bbig-novelle-das-sind-die-wichtigsten-aenderungen-8640.html>).

Wir setzen neben Abiturienten und Hochschulabsolventen eben auch auf gut ausgebildete Facharbeiter und Handwerksmeister.

Eine PISA-Auswertung im Februar 2018 ergab zudem: In kaum einem anderen Land ist **der Anteil sozialschwacher Schüler mit soliden Leistungen so deutlich gewachsen wie in Deutschland** - von 25,2 im Jahr 2006 auf 32,3 Prozent 2015. Auch das ein Erfolg konsequenter CDU-Bildungspolitik in den vergangenen Jahren: Das Problem ist erkannt und es wird gehandelt.

Richtig ist aber auch unserer Meinung nach, dass die Situation hier noch weiter verbessert werden sollte.

Deshalb setzen wir auf **die frühkindliche Bildung** als einen entscheidenden Faktor für mehr **Bildungsgerechtigkeit**. Hier setzt die Politik der CDU an: Seit dem 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Die **Betreuungsquote** hat sich im Bundesdurchschnitt **seit 2008 von 17,6 Prozent auf 33,6 Prozent (2018) fast verdoppelt**. Das Gute-KiTa-Gesetz setzt auf mehr Qualität in der **Kindertagesbetreuung**. Dafür investiert der Bund in den kommenden Jahren **5,5 Milliarden Euro**. Zudem wirkt das Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher“ dem drohenden Fachkräftemangel entgegen (<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/kinderbetreuung/kita-ausbau>). Außerdem setzen wir noch in dieser Wahlperiode den **Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung** in der Grundschule um. Das lässt sich der Bund **2 Milliarden Euro** kosten.

All das sind Maßnahmen der CDU, um die Chancengleichheit weiter zu erhöhen.

Bildungsausgaben in Deutschland

Rezos in Prozenten angegebene Zahlen stimmen. Doch ein Blick auf die **Gesamtbildungsausgaben** eines Landes sind trügerisch, kommt es doch vielmehr darauf an, **wie viel Geld bei jedem Einzelnen, der von einem Bildungssystem profitiert, ankommt**. Da sehen die Zahlen anders aus: Im Schnitt gab Deutschland **pro Schüler und Student im Jahr 2017 knapp 9400 Euro jährlich aus - rund 1400 Euro mehr als im OECD-Schnitt** (*Bildung auf einen Blick 2018. OECD-Indikatoren, September 2018*).

Bezieht man die öffentlichen Bildungsausgaben auf die Anzahl der Bildungsteilnehmer allein im Schulbereich, zeigt sich (innerdeutsch): Die **Bildungsausgaben pro Schüler stiegen seit 2009 von 5600 Euro auf 7100 Euro im Jahr 2016**. Das entspricht einer Zunahme von 27 Prozent – klare Verbesserungen im Schulbereich wurden also realisiert (*Hans-Peter Klös: Entwicklung der Bildungsausgaben seit 1995. IW-Kurzberichte 72.2017*).

Zudem müssen „jüngere“ Gesellschaften einen höheren Anteil ihrer Wirtschaftsleistung in Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ihrer Bevölkerung investieren als reifere bzw. „ältere“ Gesellschaften wie Deutschland. Hier macht sich im internationalen Vergleich schlicht die demografische Entwicklung Deutschlands bemerkbar.

Ähnlich trügerisch wird es, wenn man die **Bildungsausgaben nach Bundesländern** vergleicht: In den letzten Jahren gaben zwar SPD-regierte Stadtstaaten wie Berlin und Bremen am meisten für Schulbildung aus, bei den Rankings hinsichtlich der Bildungsqualität und Erfolge – und damit auch der Chancengleichheit – liegt aber vor

allem Berlin immer auf den hinteren Plätzen. Dafür gibt es auch nachvollziehbare Gründe: **Der Zuzug aus dem In- und Ausland erfolgt seit Jahren in die Großstädte des Landes**, während es in ländlichen Gebieten einen Schülerrückgang gibt. Hinzu kommt die Zusammensetzung der Schülerklientel in den Großstädten: mehr Schüler mit Migrationshintergrund und aus sozial schwächeren Familien bedeuten höhere Kosten, beispielsweise für Sozialarbeiter, Schulpsychologen etc. Die Großstädte sind also durch Zuzug und durch die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft gezwungen mehr Geld für Bildung auszugeben.

Die von Rezo genannten Zahlen zweifeln wir nicht an. Sein Rückschluss daraus, dass ein automatischer Zusammenhang zwischen Bildungsausgaben pro Kopf und Qualität der Bildung besteht, wird von den Untersuchungen zur Bildungsqualität allerdings nicht gedeckt.

Gleichwohl benötigt gute Bildung eine gute finanzielle Ausstattung. Auf dem Dresdner Bildungsgipfel verkündete die Kanzlerin das mit den Ministerpräsidenten besprochene Ziel, bis 2015 gesamtstaatlich 7 Prozent für Bildung und 3 Prozent für Forschung auszugeben. Das **Forschungsziel wurde mit einem Anteil von 3,03 Prozent am BIP für das Jahr 2017 inzwischen erreicht**. Im Bildungsbereich arbeiten wir an der Erreichung des Ziels. Wir geben heute insgesamt deutlich mehr für Bildung aus: **Die Ausgaben in diesem Bereich sind seit 1995 von allen öffentlichen Ausgaben am stärksten gewachsen**. Sie sind **pro Kopf um ein Drittel gestiegen**; der **Anteil an den öffentlichen Ausgaben der Länder** liegt inzwischen bei **über 20 Prozent**.

Die nominalen Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die drei Bildungsbereiche (Primarbereich, Schule und Hochschule) sind **zwischen 1995 und 2016 (Soll)** um 70 Prozent gestiegen. Besonders stark war der Anstieg beim Bund, der seine Ausgaben rund verdreifacht hat. **Die Bildungsausgaben sind deutlich stärker gestiegen als die öffentlichen Ausgaben, die im gleichen Zeitraum nur um rund 17 Prozent wuchsen** (*Hans-Peter Klös: Entwicklung der Bildungsausgaben seit 1995. IW-Kurzberichte 72.2017*).

FAZIT:

Für die CDU ist wichtig, dass jeder Mensch seine Begabungen voll ausschöpfen kann. Da im Kern weiterhin die föderale Arbeitsteilung gilt (Bildung ist Ländersache.) wird es hier auf absehbare Zeit regionale Unterschiede von Bundesland zu Bundesland geben.

Das setzt eigene Anstrengungen und Leistungsbereitschaft voraus – aber auch eine gute Ausstattung des Bildungssystems. Die Situation hier hat sich in den letzten Jahren verbessert und muss weiter verbessert werden.

2. „Die Klimakrise.

Wie die CDU unser Leben zerstört“

Wie die CDU die Sache sieht...

Rezo hat Recht: Die AfD ist die einzige Partei in Deutschland, die den menschengemachten Klimawandel leugnet. Die CDU hat das Problem Klimawandel hingegen schon sehr früh erkannt und große Anstrengungen unternommen, gemeinsam mit anderen Ländern beim Klimaschutz voranzukommen. **Denn: Klimawandel ist ein weltweites Problem.**

Deutschland muss mit gutem Beispiel vorangehen, doch alleine kann es das Klima nicht retten. **Deutschland ist für 2,3 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich**, China für 28 Prozent und die USA für 15 Prozent (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimakonferenz-in-katowice-wer-ist-klimasuender-nummer-eins-a-1241962.html>). Das bedeutet: Wenn es Deutschland gelänge seine Emissionen innerhalb von acht Jahren linear auf null zu fahren und der Rest der Welt „Business as usual“ betriebe, würde sich der angesprochene Zeitpunkt, ab dem das 1,5 Grad-Ziel verfehlt wird, lediglich von Neujahr 2028 auf Anfang Februar 2028 verlagern. Das entbindet uns nicht von der Pflicht selbst etwas zu tun – zeigt aber umso mehr, **dass alle mitmachen müssen.**

Es ist der Bundeskanzlerin und CDU-Politikerin Angela Merkel zu verdanken, dass 1997 mit dem **Kyoto-Protokoll** ein Durchbruch erzielt wurde (<https://www.bmu.de/pressemitteilung/klimaschutzprotokoll-in-kyoto-verabschiedet/>). Ein weiterer großer Erfolg der CDU-geführten Bundesregierung ist, dass sich 2015 in Paris nahezu alle Staaten der Welt auf **ein völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen** geeinigt haben, das die Erderwärmung auf möglichst sogar 1,5 Grad Celsius begrenzen soll. Hierzu müssen die Vertragsstaaten **alle fünf Jahre immer ambitioniertere Klimaschutzpläne** vorlegen. Wir befassen uns darüber hinaus intensiv mit der Frage, wie sich Deutschland der französischen Initiative der Klimaneutralität bis 2050 anschließen kann. (<https://www.bundestkanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundestkanzlerin-merkel-zum-10-petersberger-klimadialog-am-14-mai-2019-in-berlin-1611002>).

Deutschland geht auch weiterhin mit gutem Beispiel voran:

- **Die Gesamt-Emissionen in Deutschland sanken von 1990 bis 2017 um rund 344 Millionen Tonnen (Mio. t) oder 27,5 Prozent.** Auch in 2018 sanken die Treibhausgas-Emissionen um ca. 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/2_abb_thg-emissionen-seit-1990-nach-gasen_2019.pdf)
- **Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch stieg von 36,0 Prozent (2017) auf 37,8 Prozent (2018)** nochmals deutlich an (<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen>)
- **Stromerzeugung aus Photovoltaik (PV) stieg im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um über 17 Prozent** auf nunmehr 46,2 TWh an. Die **Stromgewinnung** auf diesem Wege hat sich 2010 **vervierfacht** (https://ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=20181214_brd_stromerzeugung1990-2018.pdf)
- **Zubau neuer Photovoltaik-Kapazitäten** steigt seit einigen Jahren wieder kontinuierlich an. (https://www.solarwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/bsw_faktenblatt_pv_2019_3.pdf) Zugleich sind durch **günstigere Produktionsstandorte für Photovoltaik im Ausland Arbeitsplätze dorthin abgewandert** – und nicht wegen mangelnder Investitionen in diesem Bereich; allein China stellt inzwischen durch günstige Produktion 65 Prozent aller Jobs in dem Bereich (https://3pkem226sk6p252wx4117ivb-wpengine.netdna-ssl.com/wpcontent/uploads/sites/4/2018/05/IRENA_Jobs_Solarbranche_weltweit_2017.jpg)

- Weiterer Umstieg auf Erneuerbare kann nur dann gelingen, wenn **Versorgungssicherheit** erreicht werden kann. Und dafür braucht es **Speicher, Netzausbau, räumliche Ausbaumöglichkeiten für die Erneuerbaren und Technologieoffenheit zur Emissionsvermeidung**. Vieles davon wird durch Anwohner, aber auch durch Umweltschützer, gebremst. Seien es Klagen gegen Windkraftanlagen oder Trassenführung. Daher ist die CDU auch hier gesetzgeberisch tätig geworden, um die erforderlichen Baumaßnahmen z.B. für Stromstrassen leichter umsetzen zu können.

Zum **Kohleausstieg** gibt es Folgendes zu sagen:

Für diesen Ausstieg aus dieser – in der Tat sehr klimaschädlichen – Art der Stromproduktion ist ein **gesellschaftlicher Kompromiss** nötig. Denn es geht nicht, wie in dem Film behauptet wird, „nur“ um 20.000 **Arbeitsplätze**. Mit allen neben den direkt im Kohlebergbau Beschäftigten gibt insgesamt rund 60.000 Jobs, die direkt abhängig von dieser Industrie sind. Radikale und vermeintlich einfache Schritte gehen wir hier bewusst nicht: Denn es ist unsere Aufgabe als Partei in Verantwortung, zu berücksichtigen, was ein Kohleausstieg für die **betreffenen Menschen, die betroffenen Regionen** und für eine **stabile Energieversorgung eines Industrielandes** wie Deutschland bedeutet. Wir wollen die Klimaziele einhalten, wollen zugleich aber auch dafür sorgen, dass Energie für alle – auch Menschen mit geringem Einkommen – bezahlbar bleibt. Diesen **gesellschaftlichen Gesamtkonsens** hat die CDU übrigens auch schon gegen viele Widerstände bei den Steinkohlesubventionen erreicht – welche schrittweise beendet werden.

Wirtschaft und Umwelt sind für uns kein Widerspruch. Es geht uns um beides. Und es geht beides.

Und zur **CO2-Steuer** dieses:

Wir sind nicht generell gegen Bepreisung von CO₂. Die CDU hat sich zuletzt auf ihrem Parteitag in Hamburg 2018 **für marktwirtschaftliche Instrumente bei der Bepreisung von Emissionen** ausgesprochen (https://www.cdu.de/system/tdf/media/images/780x439_artikel_slider/181208-beschluss-soziale-marktwirtschaft.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=17496; S. 13). Wir sind davon überzeugt, dass ein verbindliches Bepreisungssystem für CO₂ ein echter Klimaschutzbeitrag für Deutschland, Europa und die Welt wäre. Was wir skeptisch sehen, ist die Einführung einer einfachen CO₂-Steuer, erst recht im nationalen Alleingang. Wir müssen im europäischen und internationalen Rahmen vorankommen und wir brauchen **intelligente und ausgewogene Lösungen**. Wir brauchen Klimaschutz mit Lösungen, die eine **echte Lenkungswirkung** haben, **wirtschaftlich sinnvoll** sind und **sozial akzeptabel**. Wir brauchen **Lösungen, die gerade Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen oder Pendler nicht überfordern und ihnen Möglichkeiten eröffnen zusätzlich Belastungen zu vermeiden**. Und wir brauchen **Lösungen, die die Wettbewerbsfähigkeit unseres Mittelstands nicht schwächen**. Alles was wir für den Klimaschutz unternehmen, braucht dauerhafte gesellschaftliche Akzeptanz.

Und zur ehrlichen Analyse der Wirkungen von CO₂-Steuern in anderen Ländern wäre noch zu ergänzen: Tatsächlich war Großbritannien bei der Emissionsreduktion gerade im letzten Jahrzehnt erfolgreich. Ein **wesentlicher Grund** dafür ist die erheblich gesteigerte Nutzung der Kernkraft: seit 2008 von 13 auf 21 Prozent (<https://www.gov.uk/government/statistics/electricity-section-5-energy-trends>). Wir haben uns in Deutschland hingegen bewusst auf die Absenkungen der Kernkraftanteile verständigt (von 23 auf 12 Prozent) und sehen den Ausstieg aus dieser Form der Stromerzeugung vor (https://ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=20181214_brd_stromerzeugung1990-2018.pdf). Hier muss man sich entscheiden: Wenn man den Ausstieg aus der Kernkraft will, dann wird die Reduktion des CO₂-Ausstoßes nur langsamer organisiert werden können.

FAZIT:

Das Klimaziel für 2020 von 40 Prozent weniger Treibhausgasen als 1990 wird zwar verfehlt, wir sind mit der **Verringerung der Emissionen in Höhe von 32 Prozent aber nicht weit davon entfernt** (https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzbericht_2018_bf.pdf)

Im Koalitionsvertrag haben wir uns verpflichtet, die Lücke zum 40 Prozent-Ziel so schnell wie möglich zu schließen und **bis 2030 das Ziel von 55 Prozent zuverlässig zu erreichen**

Wir **setzen die EU-Klimaziele im Rahmen des Pariser Abkommens um** und wollen **die deutschen Ziele für 2030** erreichen, u.a. durch die Erarbeitung eines Klimaschutzgesetzes

3. „Krieg und zerplatzte Menschen“

Wie die CDU die Sache sieht...

Rezos flapsiger Hobby-Spruch Richtung USA („Kriege als Hobby“) wird unserer Ansicht nach der Lage nicht gerecht. Die **USA und ihre Verbündeten bekämpfen den Terrorismus aufgrund der Angriffe auf New York und Washington am 11. September 2001, bei denen fast 3000 Menschen ums Leben kamen.** Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am darauffolgenden Tag die Resolution 1368 (http://www.documentarchiv.de/in/2001/res_un-sicherheitsrat_1368.html). Sie bekräftigt die **Selbstverteidigungsklausel des Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen** und damit das **individuelle** und das **kollektive Recht zur Selbstverteidigung** auch nach Terrorangriffen. Die Resolution bezeichnete die Anschläge als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Der Sicherheitsrat fordert die internationale Staatengemeinschaft auf, darin zusammenzuarbeiten, die Verantwortlichen für die Anschläge und deren Unterstützer zur Verantwortung zu ziehen, sowie „verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um terroristische Handlungen zu verhüten und zu bekämpfen. Abschließend bekundet der Sicherheitsrat seine Bereitschaft, „alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um auf die Anschläge zu reagieren und alle Formen des Terrorismus zu bekämpfen“.

Am 12. September 2001 rief die NATO den Bündnisfall nach Art. 5 des NATO-Vertrags aus (<https://www.nato.int/docu/pr/2001/p01-124e.htm>), der die Verbündeten zum Beistand verpflichtet. Der **Bündnisfall ist noch heute in Kraft.**

Es ist gelungen, den **Anführer der verantwortlichen Terrororganisation Bin Laden zu töten** und bis auf den heutigen Tag zu verhindern, dass Afghanistan wieder als Rückzugs- und Ausbildungsort von Terroristen genutzt werden kann.

Die USA und ihre Verbündeten bekämpfen den Terrorismus aufgrund der Angriffe auf New York und Washington und die **deutsche Unterstützung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus** wird auch durch die **Ausrufung des gegenseitigen Beistands nach Artikel 42, 7 EU-Vertrag** legitimiert. Er wurde von der EU **nach dem Terroranschlag des IS in Paris vom 13. November 2015** ausgerufen, bei dem 130 Menschen getötet wurden.

Das IS-„Kalifat“ ist mit der Eroberung des Dorfs Baghouz im März 2019 besiegt. Allerdings ist der IS oder der Kampf der sunnitischen Extremisten weder in der Region noch darüber hinaus damit beendet. Wie schon nach der Invasion von Afghanistan haben sich Zellen der Extremisten mit der Bekämpfung des „Kalifats“ in Syrien und im Irak in anderen Ländern wie Libyen, Ägypten, dem Jemen, Afghanistan, Nigeria oder den Philippinen verbreitet.

Zum Tod der Reuters-Journalisten im Irak:

Dies war ein schrecklicher Vorfall – daran gibt es gar keinen Zweifel.

In seiner Darstellung unterschlägt Rezo jedoch die ersten Minuten der Aufnahmen. Das Schwarz-Weiß-Video besteht aus Aufnahmen, die aus einem der beteiligten Kampfhubschrauber gemacht wurden. Darauf ist eine Gruppe von Männern zu sehen, die sich auf einem Platz in der irakischen Hauptstadt bewegten. Zu hören ist die Bemerkung der Besatzung, einige der Männer seien bewaffnet. WikiLeaks identifiziert zwei der Personen auf dem Platz als die beiden Reuters-Mitarbeiter. Deren **Kamerastative werden demnach von den Soldaten irrtümlich für Waffen gehalten. Der Hubschrauber eröffnet daraufhin das Feuer auf die Gruppe** (<https://www.theguardian.com/world/2010/apr/05/wikileaks-us-army-iraq-attack>).

Rezo erklärt hier einen schrecklichen Irrtum kurzerhand zu einem Kriegsverbrechen. Es wäre dann ein **Kriegsverbrechen, wenn die Soldaten wissentlich auf unbewaffnete Journalisten geschossen hätten.** Der

Vorfall wurde schnell auf Antrag von Reuters untersucht und das **Videomaterial zu dem Vorgang wurde Reuters überlassen**. Es gab in diesem Fall **nie einen Versuch, irgendeinen Aspekt dieses Einsatzes zu verheimlichen**. (<https://www.theguardian.com/world/2010/apr/05/wikileaks-us-army-iraq-attack>).

Rezo verschweigt: **Drohneneinsätze sind nicht per se völkerrechtswidrig**. Nur wenn die Bundesregierung einem konkreten Einzelfall eine völkerrechtswidrige Militäroperation durch die USA ausgehend vom deutschen Staatsgebiet feststellen würde, dürfte sie das nicht dulden. Das ist bis auf den heutigen Tag nicht der Fall. Außerdem haben die deutschen Stellen wegen des **Status der Immunität von Ramstein** nur begrenzte Möglichkeiten, Ermittlungen anzustellen. Sie sind auf die Angaben der USA angewiesen.

(<https://www.bundestag.de/resource/blob/531932/f011954610186c3edadc3cf94c6f1e86/wd-2-086-17-pdf-data.pdf>).

Zum Irak-Krieg: Bundeskanzlerin Merkel hat sich, wie 18 andere europäische Staats- und Regierungschefs (Brief der Acht und Brief der Zehn) gegen Vermeidung eines Krieges gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein durch **geschlossene Haltung des Westens** deutlich ausgesprochen. Diese **Abschreckungsstrategie** gegen den irakischen Diktator ist gescheitert, weil Rot-Grün in Deutschland sowie insbesondere die französische Regierung von vornherein militärische Konsequenzen ablehnten und Saddam Hussein fälschlicherweise davon ausging, dass die USA und ihre Verbündeten klein beigeben würden. (*Letter of the Eight:* <https://www.globalpolicy.org/component/content/article/168/36565.html>; *Letter of the Ten:* https://www.novinite.com/view_news.php?id=19022)

Und zur **Lagerung der US-Atombomben in Deutschland das Folgende:**

Für Rezo macht es offenbar keinen großen Unterschied, ob US-Atombomben in Deutschland uns schützen oder russische Atomwaffen auf uns gerichtet sind. Für die CDU schon. Russland führt derzeit einen verdeckten Krieg in der Ukraine und einen nicht so verdeckt in Syrien. Die US-Atombomben in Deutschland dienen der **Glaubwürdigkeit der Abschreckung** und sind **Teil des transatlantischen Bündnisses**, zu dem sich die CDU ausdrücklich bekennt. Auch Aufgrund dieser Abschreckung, dieser nuklearen Rückversicherung der USA für Deutschland und Europa im Rahmen der NATO erleben wir die seit vielen Jahrhunderten längste Friedensperiode auf unserem Kontinent.

Es gibt nach wie vor viel zu tun – und die Fülle zu lösender, komplizierter Aufgaben ist groß. Darin sind wir mit Rezo ganz einer Meinung.

Wir als Volkspartei CDU kommen – und das auch gerade aus jahrzehntelanger Erfahrung in Verantwortung – jedoch zu einer anderen Einschätzung als er: Die Umsetzung maßgeblicher, großer politischer Veränderungen braucht Geduld und, ja, auch Kompromissfähigkeit. Gerade deshalb haben wir aus vielen Jahren Regierungsverantwortung der CDU viel Gutes zu berichten.